

die *Arbeit*

Das Magazin des Gewerkschaftlichen Linksblocks

Gleiche Bildungschancen für alle...



- 4** Reizthema
Gesamtschule
- 7** Lernen
ein Leben lang
- 9** Gesetz der
Arbeitslosen
- 10** SexarbeiterInnen
haben Lust
- 13** Das Auge der Firma
ist überall
- 15** Recht auf öffentliche
Dienstleistungen

...oder doch nur eine Frage des Geldes?

Die Debatte über die Bildungspolitik beschäftigt Politik, Medien und Öffentlichkeit seit Monaten. Ginge es nach der PISA-Studie wären längst radikale Maßnahmen im Sinne der Chancengleichheit wie etwa einer Vorschule und der Gesamtschule für alle zehn- bis 14jährigen notwendig. Die Koalition erschöpft sich hingegen in Schaumschlägerei. Einig ist man sich hingegen bei der Beibehaltung der Studiengebühren, eine massive unsoziale Belastung der Studierenden. Und die gut klingende Forderung nach lebenslangem Lernen verkommt angesichts der beruflichen Realität zunehmend zur gefährlichen Drohung.

Zitate, die alles sagen:

„**Ausbildung mag teuer sein, aber Jugendgefängnisse sind viel teurer**“, *LINKE-Politiker Gregor Gysi*

„**Es heißt Studienbeitrag. Bei Gebühr könnte man sich eine Gegenleistung erwarten. Die Regierung hat da genau den Begriff überlegt**“, *Rudolf Ardel, Ex-Rektor der Johannes-Kepler-Universität Linz (SPÖ)*

„**Wo es um Bildung geht, darf es nicht Stände geben**“, *Konfuzius, Gespräche*

„**Die Schulen, so wie sie heute sind, sind weder den Bedürfnissen des jungen Menschen, noch denen unserer jetzigen Epoche angepasst**“, *Maria Montessori, 1939*

Impressum:

Herausgeberin: Karin Antlanger

Verleger: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock - GLB im ÖGB.

Redaktion: Leo Furtlehner, Franz Grün, Gerhart Haupt, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Anna-Erika Paseka, Hubert Schmiedbauer, Ernst Wieser

Mitarbeiterinnen dieser Nummer: Karin Antlanger, Werner Beier, Leo Furtlehner, Lutz Holzinger, Oliver Jonischkeit, Anita Kainz, Maria Elisabeth Köstler, LEFÖ, Anna-Erika Paseka, Siegfried Pötscher, Hubert Schmiedbauer, Dagmar Schulz, Thomas Schulz, Stefan Vater

Fotos: GLB-Archiv

Lektorat: Wolfgang Rohrstorfer

Grafik, Satz und Layout: Franz Grün, Ernst Wieser

Druck: Druckerei Luigard, 1100 Wien, Johann-Pölzer-Gasse 3.

Redaktionsadresse: Redaktion „Die Arbeit“, 1110 Wien, Hugogasse 8.

Mail: office@glb.at, Web: www.glb.at

Bestellungen: Schriftlich an den GLB im ÖGB (Adresse siehe rechts). Bei Zuschriften an die Redaktion Absender angeben. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion oder des Gewerkschaftlichen Linksblock übereinstimmen.

Einzelpreis: 2 Euro. Jahresabo 8 Euro. Im GLB-Mitgliedsbeitrag von 20 Euro ist das Abo inkludiert. Das Redaktionsteam arbeitet ehrenamtlich, Druck und Versand kosten jedoch Geld. Spenden sind willkommen!

Bankverbindung: BAWAG 03410 665 190 (BLZ 14.000)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. Oktober 2007

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 4. Februar 2008 mit dem Schwerpunkt: Frauen

LeserInnenbriefe sind willkommen! (Kürzung vorbehalten)

Kontakt

GLB-Bundesleitung

Hugogasse 8, 1110 Wien,
0664/6145012, office@glb.at
www.glb.at

GLB im ÖGB

Laurenzerberg 2, 1010 Wien, 01/
53 444-308,309
oliver.jonischkeit@oegb.at

GLB in der vida

Margaretenstraße 166/M3, 1050
Wien, 01/54641-296, www.glb.at
ernst.wieser@vida.at

GLB in der GdG

Elterleinplatz 6/2.Stock, 1170
Wien, 01/4076936, glb-
gemeinde@inode.at
www.glb-gemeinde.at

GLB in der GPF

Adresse siehe GLB im ÖGB,
0664 / 465 33 83

GLB in der GMTN

siehe GLB im ÖGB

GLB in der GPA-DJP

siehe GLB im ÖGB
www.glb-gpa.at

GLB-Niederösterreich

Andreas Hofer-Straße 4, 3100
St.Pölten, 02742 / 710 74-0,
lipress@aon.at

GLB-Oberösterreich

Melicharstraße 8, 4020 Linz
0732 / 652156, office@glb.at

GLB-Steiermark

Lagergasse 98 a, 8021 Graz
0316 / 71-24-36, glb.stmk@kpoe-
graz.at

GLB-Salzburg

Elisabethstraße 11, 5020 Salzburg,
0662 / 87-22-44, glb.salzburg@aon.at

GLB-Tirol

Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck,
0699 / 81732423, glb@glbtiroil.info
www.glbtiroil.info

GLB-Kärnten

Ludwig-Walter-Straße 29, 9500 Villach,
04242 / 31091, glb@kpoe-
villach.at
www.glb.kpoe-villach.at

Inhalt

Seite

Reizthema Gesamtschule	4 - 5
Berufsschule	6
Lernen ein Leben lang	7
StudentInnen müssen jobben	8
Gesetz der Arbeitslosen	9
SexarbeiterInnen haben Lust	10
Arbeitsmarkt - Zukunft 2010	11
Gewinnbeteiligung	12
Das Auge der Firma	13
Preisauflauf bremsen	14
Recht auf Dienstleistungen	15
Kritik am Lohnabschluss	16
Änderungskündigungen	17
Seid umschlungen Millionen	18
Warum streiken Lokführer	19
Private Pensionsvorsorge	20
Arbeitsrecht-Tipp	21
Aus den Arbeiterkammern	22
Der GLB trauert	22
Vorankündigungen	23

GLB zum Metall-KV 2007

Ungenügend ist für den GLB der KV-Abschluss für die Metallindustrie. Für die 164.000 Beschäftigten werden die KV-Löhne um 3,6 Prozent, die Ist-Löhne um 3,2 Prozent zuzüglich einer betrieblichen Verteiloption von 0,3 Prozent erhöht. Beschäftigte in Unternehmen mit einem Gewinn (EBIT) von über sechs Prozent des Umsatzes erhalten zusätzlich eine Einmalzahlung von 200 Euro, bei weniger als sechs Prozent 150 Euro. Beschäftigte in Betrieben ohne Gewinn fallen um diese Einmalzahlung um.

Angesichts einer Inflation von 1,9 Prozent und einem Wirtschaftswachstum von 3,4 Prozent wäre ein für alle gültiger Abschluss von mindestens vier Prozent gerechtfertigt gewesen. Der GLB-Vertreter im Verhandlungskomitee, BR Helmut Edlinger (voestalpine Donawitz) stimmte daher dem Abschluss nicht zu.

Editorial

Mag.
Karin Antlanger
Juristin und
Sozialpädagogin
Betriebsrats-
Vorsitzende
EXIT-sozial Linz
Bundesvorsitzende des GLB



Die Macht der Gewohnheit

Wenn die Wirtschaftskammer voll des Lobes für die Gewerkschaft ist, dann stinkt die Sache wohl zum Himmel. Und wenn Minister Bartenstein nach Abschluss des Event-Kollektivvertrages meint, dass „für diese Legislaturperiode die Debatte um die Ladenöffnungszeiten abgeschlossen“ sei, dann ist klar, dass dies erst der Startschuss für eine Sieben-Tage-Woche im Handel ist. Immerhin sagt Bartenstein ja, dass Sonntagsöffnung „derzeit“ kein Ziel sei.

Die Gewerkschaft versucht nach alter Manier diesen neuen KV als Erfolg zu verkaufen, obwohl selbst dem Dümmersten klar sein muss, welche Tür damit aufgemacht wird: genauso wie bei der Feiertags-Öffnung der Geschäfte am 8. Dezember soll nun den Menschen vorgegaukelt werden, sie würden „freiwillig“ nach 21 Uhr arbeiten, indem sie die Beschäftigung bei sog. Events auch ablehnen dürften, ihnen aus einer Ablehnung keine Benachteiligung im Betrieb erwachsen dürfe usw.

Bereits jetzt ist absehbar, dass die „Kann-Bestimmungen“ dieses KV (Arbeit nach 21 Uhr kann abgelehnt werden, Betriebsvereinbarung über die Kosten der allfälligen Kinderbetreuung für die Zeit nach 21 Uhr kann zwischen Betriebsrat und Firmenleitung abgeschlossen werden, die Vergütung der Zeitgutschrift in Geld kann vereinbart werden) für die Mehrzahl der im Handel Beschäftigten totes Papier bleiben wird.

Was bleiben wird, ist der Gewöhnungseffekt: so wie sich die Menschen daran gewöhnt haben, dass am 8. Dezember alle ihren Weihnachtseinkaufsbummel machen und niemand mehr nach der Freiwilligkeit der im Handel Beschäftigten fragt, genauso werden in ein paar Jahren bei jedem schwachsinnigen „Event“ die meisten Läden und Shopping-Center offen halten.

So wie etwa im Kollektivvertrag für die privaten Gesundheits- und Sozialdienste bereits die zuschlagsfreie Samstagarbeit von den Gewerkschaften gebilligt wurde, so ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zur 7-Tage Woche im Handel. Im Rahmen der Fußball-EM sollen wir uns gleich mal dran gewöhnen. Schließlich ist doch das ganze Leben ein einziger Event und der Vorsitzende der größten Gewerkschaft gleichzeitig der Präsident eines Fußballklubs. Alles Fußball – alles Event – alles Gewerkschaft?

Von Dagmar Schulz

Reizthema Gesamtschule

Elitenbildung und soziale Exklusion oder „Zertrümmerung der Grundrechte von Lehrern, Eltern und Schülern“?



Mit Dienststellenversammlungen am 4. und 5. Oktober machten die AHS-LehrergewerkschafterInnen der ÖVP und SPÖ gegen die Neue Mittelschule mobil. Sie wettern gegen die Pläne von Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ), die die Neue Mittelschule in Modellregionen erproben will. Derzeit ist die Reform des Schulorganisationsgesetzes (SchOG) in Begutachtung, was die rechtliche Basis dafür bilden soll.

Doch nicht alle LehrerInnen - auch nicht alle AHS-LehrerInnen - stehen hinter diesen Protesten, die inhaltlich auf die ÖVP-Vorstellung der Elitenbildung unter sozialer Exklusion abzielen.

In Wahrheit wurden alle diese Stellungnahmen gegen die Stimmen der Unabhängigen GewerkschafterInnen/ÖLI-UG beschlossen, die immerhin zweitstärkste Fraktion im Zentralausschuss der AHS-LehrerInnen ist. Das Angebot der ÖLI-UG, zum Informationsmaterial für die Schulen beizutragen, wurde zurückgewiesen, weil es nicht ins Protestkonzept der FCG/ÖÖPU/ÖAAB gepasst hat.

Auch GewerkschafterInnen der PflichtschullehrerInnen distanzieren sich vom AHS-Protest: „Die ÖVP ruft und die AHS-Gewerkschaft rennt! Diese Vorgangsweise ist einer emanzipierten Gewerkschaft unwürdig“, meint Herbert Modritzky, Vorsitzender der FSG in der Pflichtschullehrergewerkschaft, „noch dazu sind die im Elternbrief vor-

gebrachten Argumente gegen die Schulreform manipulativ irreführend („Kinder als Versuchskaninchen“) und Angst schürend („Abschaffung der AHS, Entmündigung von Eltern und LehrerInnen“).

Der Eindruck, der durch einen Großteil der Berichterstattung erzeugt wird, nämlich, dass „die Lehrer (sic!)“ unisono gegen die Neue Mittelschule protestieren, ist schlichtweg falsch.

Worum geht es bei diesen Protesten?

Eltern- und LehrervertreterInnen befürchten weniger Mitbestimmungsmöglichkeiten, besoldungsrechtliche Verschlechterungen, Mehrarbeit, eine Gefährdung der Arbeitsplätze von AHS-LehrerInnen und ein „generelles Ende des Gymnasiums“. Die Gesamtschule wird grundsätzlich abgelehnt: Sie bedeute eine „Nivellierung nach unten“. Es ist selbstverständlich das Recht von DienstnehmerInnen, gegen Verschlechterungen ihrer Arbeitssituation und Besoldung gewerkschaftliche Schritte zu unternehmen (und in der Tat gibt es Kritikpunkte am Gesetzesentwurf wie z.B. die fehlende Zusage für zusätzliche Budgetmittel sowie die fehlende Garantie für einheitliche und nicht verschlechterte Arbeitsbedingungen für ALLE an der Mittelstufe unterrichtenden LehrerInnen!).

Allerdings scheinen die derzeit durchgeführten AHS-LehrerInnen-Dienst-

stellenversammlungen (nicht, wie in vielen Medien fälschlich behauptet „Lehrerstreiks“) weniger arbeitsrechtliche Maßnahmen als vielmehr Ausdruck der Angst vor den SchülerInnen (Kinder aus sozial schwächeren Schichten, MigrantInnen, Integrationskinder), die bisher erfolgreich in die HS/KMS „abgeschoben“ werden konnten, sowie des Standesdünkels gegenüber den an der PÄDAK ausgebildeten LehrerInnen zu sein.

Dieser Dünkel könnte sich bald als Bumerang erweisen - dann, wenn nämlich pädagogisch besser ausgebildete LehrerInnen an der Mittelstufe der Gesamtschule unterrichten dürfen. Statt jedoch auf mehr Aus- oder Fortbildung zu drängen, versuchen die ÖVP/SPÖ-AHS-GewerkschafterInnen Privilegien zu erhalten - politische, soziale und finanzielle - und im Gegenzug die längst fällige Schulreform weiter zu blockieren und stehen damit in der christlich „sozialen“ Tradition, die Österreich zum schulpolitischen „Schlusslicht“ Europas gemacht hat.

Der längst fällige, international weit hin vollzogene Jahrhundertschritt in der Entwicklung der Mittelstufe bestünde in der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule der 6 - 15jährigen, derjenige für die LehrerInnenausbildung in der für beide Seiten gewinnbringenden Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten. Selektierung, die hauptsächlich nach sozialen Kriterien - der nachteilige und

deutlich stärkere Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf die späteren SchülerInnenleistungen ist in Ländern mit einem differenzierten Schulsystem grundsätzlich nachweisbar – erfolgt, muss verhindert werden, eine Reform der Mittelstufe ist dringend notwendig! Die derzeit durchgeführten Proteste zielen auf eine Verteidigung der Elitenbildung nach ÖVP-Vorstellung unter der Duldung sozialer Exklusion ab und sind daher inhaltlich nicht gerechtfertigt.

Der Vertreter der Unabhängigen GewerkschafterInnen (Österreichische LehrerInnen Initiative-UG) in der Bundesleitung der AHS-Gewerkschaft der GÖD, der Wiener AHS-Lehrer Reinhart Sellner, lehnt partei-ideologische Aussagen im Namen der Gewerkschaft ab und distanziert sich von den im Rundschreiben der Bundesleitung verbreiteten Äußerungen der AHS-Gewerkschaftsvorsitzenden Scholik wie folgt:

Ministerin Schmied hat eine SCHOG-Novelle über die Einrichtung von Modellregionen ausgeschickt, in denen Gesamtschulformen über einen

längeren Zeitraum erprobt werden können. Der Nationalrat soll eine Grundsatzeinrichtung beschließen, einen gesetzlichen Rahmen für die Durchführung der Modell- Mittelschulen. Das erscheint sinnvoll, weil Modellregionen über den Wirkungsbereich eines Schulstandortes hinausgehen.

Im Gegensatz zur AHS-Vorsitzenden sehen die Unabhängigen GewerkschafterInnen in diesem der demokratischen Verfassung Österreichs gemäßen Vorhaben keine „Zertrümmerung der Grundrechte von Schülern, Eltern und Lehrern“, kein „Abschaffen demokratischer Gremien“ und kein „Rauben“ demokratischer Rechte. Standortbezogene Schulversuche sollen auch weiterhin von VertreterInnen der Eltern, SchülerInnen und LehrerInnenvertretungen in den Schulgemeinschaftsausschüssen beraten und beschlossen werden..

Allerdings kritisierten die Unabhängigen GewerkschafterInnen folgende Punkte des Gesetzesentwurfs: fehlende nachhaltige Budgetierung der Modellregionen (Bildung kostet!)

- keine den neuen Anforderungen der Modelle entsprechende Fortbildung für LehrerInnen
- kein Hinweis auf zeitliche oder finanzielle Abgeltung von zusätzlichen Aufgaben
- keine Pläne zur Vertiefung der LehrerInnenausbildung (10 Semester Universitätsstudium für alle) und zur Anhebung der Gehälter der LandeslehrerInnen
- keine Garantie gegenüber den AHS-LehrerInnen, von jeder Verschlechterung des Dienst- und Besoldungsrechts Abstand zu nehmen (kein „Downgrading“)
- fehlende Schulraum- und Ausstattungspläne für Modellregionen, insbesondere für die Ganztageschulen

Diesen Kritikpunkten schließe ich mich ebenso an, wie ich auf die grundsätzliche Forderung nach der Gesamtschule der 6- bis 15jährigen hinweise.

Dagmar Schulz ist Lehrerin an einer Kooperativen Mittelschule in Wien

GLB-Anträge zu Bildungsthemen in der AK-Wien

146. Vollversammlung: Betriebe, die zwar FacharbeiterInnen benötigen aber keine Lehrlinge ausbilden wollen, müssen eine Berufsausbildungsabgabe gemessen an ihrer Wertschöpfung zahlen.

145. Vollversammlung: Die künftige Bundesregierung wird aufgefordert, für alle Kinder ein verpflichtendes Vorschuljahr einzuführen.

142. Vollversammlung: Gefordert wird die Herabsetzung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf 20, in der Schuleingangsphase auf 15 Kinder. Weiters wird die Vereinheitlichung der LehrerInnenausbildung auf universitärem Niveau sowie deren einheitliche Besoldung verlangt. Der GLB fordert weiters einen Stopp der „Verbetriebswirtschaftlichung“ von Schulen in Form von „Schulsponsoring“, „Schulprofil“ und „Schulautonomie“ in der derzeit praktizierten Form.

141. Vollversammlung: Gefordert wird die Qualität der staatlichen Schulbildung zu erhöhen. Weiters wird verlangt, die außerschulische Jugendbetreuung von sozial schwachen Kindern und Jugendlichen sofort in vollem Umfang wieder aufzunehmen und künftig auch durch adäquate Aufstockung der budgetären Mittel jährlich zu verbessern.

Erfahrungen einer Berufsschullehrerin

Ich bin seit 27 Jahren Berufsschullehrerin, seit etwa zehn Jahren unterrichte ich in der Berufsschule für Einzelhandel in 1130 Wien die Gegenstände Englisch, Rechnungswesen, Wirtschaftskunde, Computerunterstütztes Rechnungswesen und Betriebswirtschaftliches Praktikum.

Gerade eklatante Mängel an Grundkenntnissen wie etwa Lesen, Schreiben und Rechnen sind ein sehr großes Problem. Ich muss feststellen, dass die SchülerInnen mit wesentlich schlechterer Vorbildung aus vorangegangenen Schulen kommen als noch vor einigen Jahren. Nur wenige Jugendliche sind in der Lage, einen einfachen Satz zu formulieren, von Rechtschreibung ganz zu schweigen. Der überwiegende Teil der SchülerInnen in einer ersten Klasse war nicht in der Lage, Brüche wie $1/2$, $1/4$, $1/8$ in eine Dezimalzahl umzuwandeln, Rechnungen wie $1/2:2$ durchzuführen oder 20 Prozent von 500 im Kopf auszurechnen.

Massive Konzentrationsprobleme

Viele Jugendliche haben sehr große Probleme, sich zu konzentrieren, sie schaffen es nicht einmal eine Minute zuzuhören, sie plappern unentwegt, hantieren mit dem Handy oder dem MP3-Player, essen, trinken, kauen Kaugummi während des Unterrichts, haben ihre Schulsachen nicht mit, sind unpünktlich und haben ein distanzloses Verhalten. LehrerInnen verbrauchen den Großteil ihrer Kraft und Energie, die SchülerInnen einigermaßen zur Ordnung zu rufen und schaffen es dann nicht mehr, ihnen auch nur einen minimalen Lehrstoff beizubringen.

Vor einigen Jahren wurde die Ausbildung im Lehrberuf Einzelhandel reformiert. Die Schulzeit wurde erweitert, der Schwerpunkt wurde auf den warenkundlichen Bereich gelegt und die

Stundenanzahl in diesen Gegenständen deutlich erhöht, neue Gegenstände im EDV-Bereich kamen dazu. Kaufmännisches Rechnen und Buchführung wurden jedoch zu dem Gegenstand Rechnungswesen zusammengelegt und die Stundenanzahl auf ein Drittel (!) reduziert.

Die Lehrbetriebe stimmten nur unter der Voraussetzung zu, dass die Unterrichtsstunden auf ganze Tage verlegt würden. Die Fahrzeit vom Wohnort in die Schule und zurück fällt nicht in die Arbeitszeit, daher ist es für den Lehrbetrieb finanziell von Vorteil, wenn die schulische Ausbildung an einem einzigen Tag stattfindet.

Erfahrungen aus dem Schulalltag

Wenn ich eine Klasse betreue, dauert es normalerweise einige Minuten bis der Lärmpegel so weit gesunken ist, dass man mich überhaupt wahrnimmt und versteht, was ich sage. Ich fordere die SchülerInnen auf, Essen, Trinken, Zeitungen etc. wegzugeben, Handys und MP3-Player abzuschalten und in die Schultasche zu geben. Ich erhalte Antworten, wie, der MP3-Player ist eh abgeschaltet, ich kann die Kopfhörer nicht weggeben, weiß nicht wohin, das Handy ist eh auf lautlos. Bis alle diese Dinge einigermaßen erledigt sind, ist etwa eine Viertelstunde vergangen und ich beginne zu unterrichten.

Ich kann nie einen Satz zu Ende sprechen, weil ich dauernd jemanden ermahnen muss. Unterrichtet man unter



diesen Bedingungen einen Gegenstand wie Wirtschaftskunde in einer Klasse mit bis zu 30 SchülerInnen, manchmal sogar in der achten oder neunten Stunde, so ist es unmöglich, das Lehrziel auch nur annähernd zu erreichen.

Bedarf an Förderunterricht

Viele unserer SchülerInnen hätten Bedarf an zusätzlichem Förderunterricht, entweder weil sie aus Migrantenfamilien kommen, schlecht Deutsch sprechen oder eine Lernschwäche haben. Freigegegenstände werden zwar immer wieder angeboten, kommen aber meist nicht zustande, weil die SchülerInnen nach neun Stunden Unterricht einfach nur aus der Schule hinaus wollen.

Zu Beginn der Lehrzeit sind die Lehrlinge oft noch motiviert, der Job ist neu, berufstätig zu sein ist aufregend und sie fühlen sich erwachsen. Sehr bald stellen sie jedoch fest, dass die Arbeit schwer ist, der Reiz des Neuen ist verloren, sie haben wenig Freizeit. Die Motivation ist dahin und es überwiegt der Frust. Viele möchten nicht im Lehrbetrieb oder auch nur im erlernten Beruf bleiben, haben aber wenig Aussicht auf etwas anderes.

(Die Langfassung dieses Artikels steht auf www.glb.at)

Maria Elisabeth Köstler ist Lehrerin an der Berufsschule Einzelhandel in Wien

Weiterbildung schafft Chancen? Lernen ein Leben lang

Eigentlich erinnern mich die Lern-Aufforderungen der EU und anderer Institutionen und Personen an einen Stammbucheintrag aus Volksschultagen: „Übe, lerne, leiste was. Dann bist du hast du wirst du was.“ – Als würde Erfolg nur von den eigenen Lernanstrengungen abhängen. Gelernt werden soll neuerdings von der „Wiege bis zur Bahre“, das bedeutet ein niemals endendes Lernen, von dem nur der Tod erlöst.



Historisch entstand das Konzept des lebenslangen Lernens aus einem emanzipatorischen Konzept (UNESCO) und wurde Mitte der 90er von der EU und OECD aufgegriffen als Lernnotwendigkeiten für den Wirtschaftsstandort.

Aber sichert Bildung Beschäftigung?

Abgesehen davon, dass Bildung nicht für alle gleich zugänglich ist, ist dies eine Frage die in der Euphorie für den Wirtschaftsstandort und „Unternehmertum“ (Entrepreneurship – vgl. Memorandum LLL) oft untergeht. Grundsätzlich wäre gegen Bildung die aktiviert, zugänglich ist und unternehmungslustig macht nichts einzuwenden. Gemeint ist aber etwas anderes: Ein auf umfassende Selbstverantwortung zugeschnittenes „Bildungsideal“, passend zu einer neoliberalen Gesellschaft in der Solidarität und Sozialstaat ausgehöhlt werden.

Bildung kann nur dann Beschäftigung sichern, wenn genug Arbeitsplätze vorhanden sind, bei bestehender relativ hoher Arbeitslosigkeit führt Bildung (etwas verkürzt formuliert) nur zu einem

verstärkten Verdrängungswettbewerb – und wofür früher eine Matura reichte, bedarf es unterdessen eines Studienabschlusses, bei ähnlicher Bezahlung.

Die Beteiligungsstatistiken zeigen auf der anderen Seite: Bildung wird vor allem von Gebildeten wahrgenommen. Es ist eine Art Matthäus-Effekt, der ja ein Grundprinzip kapitalistischer Gesellschaften ist: Wer hat, der bekommt noch mehr dazu.

Höhere Bildung führt, wie bereits angedeutet, zu einem Verdrängungsprozess auf dem Arbeitsmarkt. Höhere Bildung führt nicht allgemein zu höherem Status, zu besseren Chancen. Bildung ermöglicht individuell durchaus Aufstiegsperspektiven. Dazu ist Glück nötig, der richtige soziale Hintergrund oder der richtige Onkel. Aus der Perspektive eines Lebensministers mit einem Landeshauptmann-Onkel lässt sich leicht behaupten, es gäbe im österreichischen Bildungssystem keine sozialen Barrieren (BM Pröll im Standard vom 2. Oktober). Vom Bauernbub zum Minister schaffen es nicht alle Bauernbuben. Eine individuelle Aufstiegsversprechung gehört zum Kapitalismus, wie der Tellerwäscher zu den USA.

Funktional verdecken diese Märchen und Illusionen die schlichte Tatsache ungleicher Chancen auf Bildung und mit Bildung.

Lebenslanges Lernen, wie es diskutiert, gefordert wird, bezieht sich kaum auf den antiquierten Begriff der Bildung, nie auf Emanzipation und wer in den EU-Papieren und nationalen Bildungsvorschlägen den Begriff Kritik sucht wird nicht fündig werden. Dafür ist vom Wirtschaftsstandort und von Anpassungslernen genug zu hören. Gleichzeitig wird dort von Kompetenzen gesprochen. Gemeint ist damit folgendes: ArbeitnehmerInnen sollen, ja beinahe UnternehmerInnen ihrer selbst geworden, sogar manche Putzkräfte sind ja unterdessen UnternehmerInnen, immer alle Anforderungen des Arbeitslebens kompetent bewältigen. Es ist nicht der Staat, die Schule der Betrieb, der Kompetenzen vermittelt und für deren Brauchbarkeit verantwortlich ist. Diese Verantwortung wurde auf die arbeitenden Menschen abgewälzt, in der Verpflichtung up to date zu bleiben.

Stefan Vater ist Bildungssoziologe und Betriebsrat in Wien

80 Prozent müssen für ihr Studium jobben

Eine akademische Ausbildung an Universitäten oder Fachhochschulen bedeutet heute für immer mehr Studierende gleichzeitig zu arbeiten. Laut einer AK-Erhebung müssen bereits rund 80 Prozent der Studierenden zusätzlich arbeiten um ihr Studium finanzieren zu können. Über 50 Prozent kommen aus Familien mit einem Haushaltseinkommen von unter 2.000 Euro im Monat, nur 20 Prozent erhalten ein Stipendium, die letzte Erhöhung der Stipendien gleicht den jahrelangen Einkommensverlust in keiner Weise aus.

Bereits in der Ära der rotschwarzen Regierung erfolgten bis 2000 massive Verschlechterungen für die Studierenden, etwa durch die Verkürzung der Bezugsdauer der Familienbeihilfe um zwei Jahre, Leistungsnachweis für Familienbeihilfe und Mitversicherung, Abschaffung der Freifahrt und Herabsetzung des Höchstalters für Stipendien.

Die mit dem Wintersemester 2001/02 eingeführten Studiengebühren sind daher für die meisten Studierenden bzw. deren Eltern eine soziale Härte, denen angesichts überfüllter Hörsäle und fehlender Studienplätze keinerlei Leistung gegenübersteht. Durch diese Studiengebühren wird der in den 70er Jahre als großer sozialer Fortschritt bewertete freie Hochschulzugang eingeschränkt und wieder zu einer Frage des Geldes. Eine Studiengebühr von 363 Euro pro Semester bedeutet bei durchschnittlichen Kosten von 600 Euro pro Monat für Studierende eine enorme Belastung.

Die Abschaffung der Studiengebühren war ein Wahlschlager der SPÖ im Wahlkampf 2006. Dieses Wahlversprechen wurde umgehend auf dem Altar der Koalitionsverhandlungen geopfert. Dafür wurde von Kanzler Gusenbauer die bislang nicht umsetzbare Idee geboren, Studierende könnten die Gebühr durch „soziale Arbeit“ abarbeiten – für weniger als sechs Euro pro Stunde. Bezeichnend dazu sind auch Aussagen des zuständigen Sektionschefs Sigurd Höllinger (SPÖ), der meinte „Der offene Universitätszugang hat ausgedient“ und der von einer „Bewirtschaftung der Studienplätze“ spricht.

Es ist offenkundig, dass die Einführung der Studiengebühren nichts mit einer Verbesserung der Qualität der Universitäten zu tun hat, sondern dem Löcherstopfen zur Budgetsanierung dient und gesellschaftspolitisch den freien Zugang zum Studium beseitigen soll und einen weiteren Schritt zur Prekarisierung der künftigen AkademikerInnen darstellt.

Langzeitstudierende kosten dem Staat nicht mehr Geld, da der Ablauf eines Studiums in den Studienplänen genau festgelegt ist. Die Qualität des Studiums wurde mit den Studiengebühren nicht erhöht. Statt einer behaupteten „sozialen Treffsicherheit“ führten die Studiengebühren gegenteilig zu einer sozialen Verschlechterung.

Die rotschwarze Regierung setzt nahtlos ebenso die EU-konforme Umverteilung von den Lohnabhängigen zu Kapital und Vermögen wie auch den Kurs die Bildung zum Privileg der Reichen zu machen fort, womit die Sonntagsreden über eine „europareife“ Bildungsoffensive ad absurdum geführt wurden. Die Entlassung der Hochschulen aus dem Budget des Wissenschaftsministeriums und ihre selbständige Finanzierung bedeutet eine weitere Anbindung an direkte Kapitalinteressen. Der Kampf für die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren und für den freien Hochschulzugang ist daher untrennbar mit der Auseinandersetzung über eine an sozialen Interessen ausgerichteten Bildungs- und Hochschulpolitik verbunden. Die Finanzierung der Universitäten darf nicht auf Studiengebühren aufgebaut werden, sondern muss aus dem Budget erfolgen. Um ausreichende Kapazitäten für alle Studierenden zu schaffen wären ausreichende Mittel durch eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen, den Verzicht auf Subventionen für Konzerne und die Aufrüstung vorhanden.



Eindeutig widerlegt sind auch alle Zweckbehauptungen zu dieser Maßnahme: Studiengebühren verkürzen die Studiendauer nicht. Durch den Zwang für viele Studierende ihr Studium durch Arbeit finanzieren zu müssen erfolgt im Gegenteil oft sogar eine Verlängerung.

„Das Gesetz der Arbeitslosen bin ich“...

...glaubt Bartenstein. Das Wirtschaftsministerium hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der eine massive Verschlechterung für Erwerbsarbeitslose bringen soll. Bartenstein versucht mit Worthülsen wie „Flexicurity“ die Einbeziehung von Selbständigen in die Arbeitslosenversicherung und die Gleichstellung der freien Dienstnehmer mit echten Dienstnehmern hinsichtlich des Sozialversicherungsschutzes im Bereich der Arbeitslosenversicherung und der Insolvenz-Entgeltsicherung, schön zu reden.



Zwangsarbeiter...

Dass dadurch Lohndumping und Zwangsarbeit gefördert werden, ist der Industriellenvereinigung noch zu wenig. Sie möchte nicht einmal für die Arbeitgeberbeiträge für freie Dienstnehmer aufkommen. Also flexible, sprich frei disponierbare Zwangsarbeiter und security, sprich Sicherheit für maßlose Profite. Die Industriellenvereinigung möchte nichts zum Sozialversicherungsschutz ihrer Mitarbeiter beitragen.

Billig und unsicher

Die prekäre Situation freier Dienstnehmer besteht vor allem darin, dass sie ihre Versicherungsbeiträge selbst tragen müssen, kein 13. und 14. Gehalt beziehen und Ihnen bei Krankheit keine Entgeltfortzahlungen zustehen. Den meisten von ihnen bleibt unterm Strich nicht viel übrig. Unternehmern kommt so die Beschäftigung von freien Dienstnehmern wesentlich billiger. Die Zahl der freien Dienstverhältnisse ist daher sprunghaft angestiegen. Trotzdem sollen Arbeitssuchende, mit dem Argument des Sozialversicherungsschutzes, in freie Dienstverhältnisse gezwungen werden.

Rechtlos und gedemütigt

Rechtsanwalt Dr. Herbert Pochieser vertritt seit Jahren erwerbsarbeitslose Menschen. Bei unseren Recherchen berichtete er uns, dass nur 20 % seiner Klagen wegen Bezugssperren beim Verwaltungsgerichtshof abgewiesen

wurden. Das heißt, das AMS hatte in 80 % der Fälle das Gesetz ignoriert. Dementsprechend erhebt nun Dr. Pochieser Schmerzensgeldforderungen an das AMS. Er sieht in der Behandlung von Erwerbsarbeitslosen durch das AMS einen klaren Fall von Mobbing.

Dabei ist zu bedenken, dass nur eine geringe Anzahl von Erwerbsarbeitslosen die Kraft aufbringt, sich gegen dieses System zu wehren. Die Dunkelziffer ungerechtfertigter Bezugssperren und Demütigungen durch das AMS, lässt sich nur erahnen.

Ausgeliefert ohne Begründung

Hatte das AMS bisher der arbeitslosen Person die Gründe anzugeben, die eine Teilnahme an einer Maßnahme zur Wiedereingliederung notwendig oder nützlich erscheinen lassen, so soll dies nun entfallen. Zum Beispiel bei Langzeitarbeitslosigkeit automatisch. Auch die Arbeit in einem SÖB (sozialökonomischen Betrieb) oder in einem GBP (gemeinnützigem Beschäftigungsprojekt) soll in Zukunft von Haus aus als zumutbar gelten und keiner Begründung mehr bedürfen.

Diese Projekte bieten jedoch nur Transitarbeitsplätze, d.h. Beschäftigungsverhältnisse, die von vornherein befristet sind, aber trotzdem als zumutbar gelten. Weiters sollen Arbeitssuchende gezwungen werden, eine aufsuchende Vermittlung über sich erge-

hen zu lassen. Dabei fragt ein „Betreuer“ die Nachbarschaft über den Lebenswandel des Betroffenen aus und erfrecht sich, auch um 10 Uhr nachts anzurufen, um einen Vorstellungstermin für den nächsten Tag in der Früh vorzuschreiben.

Wenig Vertrauen scheint das Ministerium in die AMS Mitarbeiter zu haben, denn es will deren „Kunden“ von privaten Arbeitsvermittlern „betreuen“ lassen. Eine der ureigensten Aufgaben des AMS soll damit privatisiert werden.

...aber nicht mit uns

Der zuständige Referent der Arbeiterkammer Josef Wallner sieht fast ausschließlich Verschlechterungen für die Erwerbsarbeitslosen.

Dr. Pochieser kritisiert noch schärfer: Das Wirtschaftsministerium will mit seinem Gesetzesentwurf den Verwaltungsgerichtshof ausschalten und aus Recht Unrecht machen. Er will rechtlich dagegen ankämpfen und sieht gute Chancen. Trotzdem wird dieser Gesetzesantrag bereits 2008 beschlossen werden. Aber es gibt einen Weg, diese Beugung des Rechtsstaates zu verhindern. Macht Euren Nationalratsabgeordneten klar, wem sie damit dienen und wer sie wählt.

Anna Paseka ist Mitglied des GLB/GPA-DJP und der Redaktion „Die Arbeit“

SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!

Vom 8. März – dem Internationalen Frauentag – bis 2. Juni – dem Internationalen Hurentag – lief eine bundesweite Kampagne für die Rechte von SexarbeiterInnen. SexarbeiterInnen haben wenige Rechte, dafür aber viele Pflichten – so ein Ausgangspunkt der bundesweiten Kampagne „SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!“.

Die Kampagne „SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!“ entstand auf Initiative von LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (Wien); in Kooperation mit MAIZ - Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen (Linz); und mit Unterstützung von vielen engagierten Einzelpersonen und Organisationen.

Seit über 20 Jahren arbeitet der Verein LEFÖ für die Rechte von Migrantinnen in Österreich. Seit 15 Jahren existiert ein Arbeitsschwerpunkt zu Migrantinnen, die in der Sexarbeit tätig sind. LEFÖ fordert seitdem mehr Rechte für SexarbeiterInnen.

Die Verbindung von Migration und Prostitution ist ein Bereich, in dem in der öffentlichen Diskussion viele rassistische und sexistische Vorurteile reproduziert werden – und gesetzlich eine rechtlose Situation hergestellt wird.

Um auf die gesellschaftliche Doppelmoral diesbezüglich aufmerksam zu machen und die Menschen-, Arbeits- und MigrantInnenrechte von SexarbeiterInnen einzufordern, wurde – erstmals in Österreich – eine bundesweite Kampagne für die Rechte von SexarbeiterInnen konzipiert. Die Kampagne „SexarbeiterInnen haben Lust... auf ihre Rechte!“ provozierte mit verschiedenen kulturellen und politischen Events den öffentlichen Diskurs über Sexarbeit, politische Strukturen und gesellschaftliche Doppelmoral. Diese



Kampagne hat einen wichtigen Impuls zu einer breiten Sensibilisierung und Sichtbarmachung der rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für SexarbeiterInnen gegeben. Durch die Vielfalt der Veranstaltungen wurde nicht nur ein großes Publikum und über 800 BesucherInnen allein in Wien erreicht, sondern eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglicht. Da der Erfolg und die Resonanz der Kampagne so groß war, wird die Kampagne auch im Frühjahr 2008 durchgeführt werden (8. März – 30. Juni 2008). Der Focus der Kampagne 2008 richtet sich vor allem auf die Bereiche Gesundheit/Gewaltpräventionsarbeit (auch an Freier gerichtet), Verbesserung der Arbeitsbedingungen für SexarbeiterInnen und Menschen-/Frauenrechte.

Auch diese Kampagne ist als gemeinsame bundesweite Kampagne in Österreich unter Beteiligung verschie-

dener Einrichtungen und Gruppen (SexarbeiterInnen, Einrichtungen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, Frauen- und MigrantInnenorganisationen, universitäre und wissenschaftliche Stellen usw.) konzipiert. Rechtliche Gleichbehandlung und Gleichstellung von SexarbeiterInnen mit anderen Erwerbstätigen durch die Legalisierung der Prostitution als Erwerbstätigkeit und die Entkoppelung des Regelungsbereichs der Prostitution aus den Sitten- bzw. Anstandsnormen und die konsequente Eingliederung in die Materien des Arbeitsrechts, der Gewerbeordnung und des Vertragsrechts sind konkrete Forderungen, die LEFÖ stellt.

Mehr dazu: LEFÖ - Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen, Kettenbrückengasse 15/4, 1050 Wien, Telefon 01-58 11 881, Mail: info@lefoe.at, Web www.lefoe.at bzw. www.lustaufrechte.at

Arbeitsmarkt – Zukunft 2010: Meilenstein für die ArbeiterInnenbewegung ?

Offenbar ermutigt die große Koalition die „Sozialpartner“, also Unternehmer und ÖGB, sich hinter verschlossener Tür und ohne öffentliche Diskussion, der Probleme unseres Landes anzunehmen – beispielsweise mit den Vorschlägen für ein Maßnahmenpaket zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Jugendbeschäftigung. Ob dies immer zum Vorteil der Beschäftigten ist, wollen wir uns anhand dieses Pakets näher anschauen.



Den Eindruck muss man jedoch bei oberflächlicher Betrachtung gewinnen, wurde doch schließlich im ÖGB-Bundesvorstand unter anderem von „einem Meilenstein, vom größten sozialpolitischen Paket der 2. Republik“ gesprochen.

Positiv ist sicher die geplante Verankerung einer Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen bis 18 Jahre bzw. die Garantie der Fortsetzung der Ausbildung jener, die in den derzeit 280 Lehrberufen tätig sind – auch bei Kündigung – bis zum Lehrabschluss.

Kündigungen von Lehrlingen sind allerdings, sollte das Paket so beschlossen werden, künftig für Unternehmer wesentlich einfacher. Bisher gab es nach der 3-monatigen Probezeit nur aufgrund taxativ aufgelisteter Punkte im Berufsausbildungsgesetz die Möglichkeit, Lehrverhältnisse aufzulösen – künftig ist dies jeweils zum Ende des 1. oder 2. Lehrjahres unter Einhaltung einer 1-monatigen Kündigungsfrist möglich. Zwingend vorgeschrieben dafür ist ein Mediationsverfahren vor Ausspruch der Kündigung mit dem Ziel, zu klären, ob evt. eine Fortsetzung des Lehrverhältnisses möglich ist bzw. eine Vereinbarung aller Beteiligten über die weitere Vorgangsweise getroffen werden kann.

Dem Mediationsverfahren werden Unternehmer, die Lehrlinge loswerden wollen, gelassen entgegen sehen. Bereits bisher, trotz restriktiver Regeln, wurden ca. 20 % aller Lehrverhältnisse beendet, oftmals durch „eilvernehmliche Lösungen“.

Der GLB lehnt diese künftig erleichterten Kündigungsmöglichkeiten ab, weil wir befürchten, dass dadurch die Zahl jener, deren Lehrverhältnis vor Ablauf beendet wird, dadurch steigt.

Positiv hingegen ist die bereits erwähnte Ausbildungsgarantie, deren praktische Umsetzung aber noch genauer betrachtet werden muss.

Die neuen Überbetrieblichen Ausbildungszentren (ÜAZ) werden auf die Dauer des jeweiligen Lehrberufs ausgerichtet, Jugendliche, die dorthin ausweichen müssen, erhalten den so genannten Beitrag zur Deckung des Lebensunterhaltes – zur Zeit sind dies 240 Euro im 1. und 2. Lehrjahr, 555 Euro im 3. Lehrjahr. Eine automatische Wertsicherung, wie sie der GLB fordert, ist dabei allerdings nicht vorgesehen.

Der seit vielen Jahren vom ÖGB geforderte Berufsausbildungsfonds, in den jene Unternehmer einzahlen, die nicht

entsprechend Lehrlinge ausbilden, wurde bei der Finanzierung fallen gelassen, an den Kosten sollen Unternehmer und ArbeitnehmerInnen beteiligt werden.

Ebenfalls im Paket enthalten ist der Versuch, die Öffnung des Arbeitsmarktes zu den neuen EU-Ländern bis 2011 hinauszuzögern, wobei es künftig Sonderregelungen für „Mangelberufe“ geben soll, für die es zu wenig Arbeitskräfte im Inland gibt.

Bereits jetzt befinden sich aber viele KollegInnen aus den Nachbarländern bereits in Österreich und sind gezwungen, entweder auf dem illegalen Arbeitsmarkt oder als „Selbständige“ tätig zu sein. Daher lehnt der GLB – wie verständlicherweise auch die Gewerkschaften der Nachbarländer – diese restriktive Haltung ab. Sinnvoller ist es, die KollegInnen in den legalen Arbeitsmarkt zu holen. Gewerkschaften und Arbeiterkammer müssen dann ihre „Hausaufgaben“ machen und die Einhaltung der jeweiligen Kollektivverträge und arbeitsrechtlichen Vorschriften kontrollieren, um so Lohndumping entgegenzuwirken.

Oliver Jonischkeit ist ÖGB-Sekretär und Bundessekretär des GLB

Gewinnbeteiligung – notwendig wie ein Kropf

In Zeiten steigender Unternehmergewinne und stagnierender Lohn- und Gehaltseinkommen hat es einen gewissen Charme, kollektivvertragliche Lohnerhöhungen durch die Beteiligung am Unternehmensgewinn zu ersetzen oder zu ergänzen. Tatsächlich ist das eine mehr als halbseidene Angelegenheit.



Für den Lohn überlässt der unselbstständig Erwerbstätige seine Arbeitskraft dem Unternehmen. Über die Höhe dieses Entgelts, das ein bestimmtes historisches und moralisches Niveau erreicht und der Wiederherstellung der Arbeitskraft dient, kann individuell (persönliche Vorsprache bei Vorgesetzten bis hin zum Firmeneigentümer) und kollektiv (Betriebsrat, Fachgewerkschaft) verhandelt werden.

Lohn- und Gehaltserhöhungen werden damit begründet, dass in einem bestimmten Zeitraum einerseits die Lebenshaltungskosten gestiegen und andererseits das Produktionsvolumen (durch Erhöhung der Arbeitsgeschwindigkeit, Rationalisierung usw.) gewachsen ist. Gewöhnlich verlangen die Gewerkschaften für die Werk tätigen einer Branche einen „gerechten Anteil“ am gestiegenen gesellschaftlichen Reichtum, der von ihnen erarbeitet wurde.

Die lebendige Arbeitskraft ist die einzige relevante Quelle des Reichtums: Er entspringt aus der Differenz zwischen dem für die Reproduktion der Arbeitskraft gezahlten variablen Kapital und dem Neuwert der gesamten Produktion (nach Abzug der Sach- und anteiligen Investitionskosten). Der einzelne Werk tätige hat keinen Einfluss darauf, ob der Verwertungsprozess des Kapitals bzw. die Organisation der Produktions- und Dienstleistungsprozesse rationell und dem Stand der Technik entsprechend ablaufen.

Daher ist Gewinnbeteiligung für Manager üblich, die für die Eigentümer die Ausbeutung der Beschäftigten organisieren. Vertrauenswürdige Messgrößen für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen gibt es lediglich für börsennotierte Aktiengesellschaften. Nur dort haben die Eigentümer als Aktienbesitzer Interesse daran, dass der reale ökonomische Erfolg der jeweiligen Firma im Wert der Aktien sichtbar wird.

Aktiengesellschaften ohne Börsennotiz, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, einfache Personengesellschaften haben hingegen nicht das geringste Interesse, ihre realen Geschäftszahlen publik zu machen. Sowohl gegenüber der eigenen Belegschaft wie auch dem Finanzamt gilt Tarnen und Täuschen zur Gewinnverschleierung als oberstes Gebot. Das erlaubt es, nach dem Prinzip „Der Gentleman schweigt und genießt“ Gewinne einzufahren.

Vorschläge zur Gewinnbeteiligung zielen darauf, die solidarische Lohnpolitik der Gewerkschaften weiter zu schwächen, weil derartigen Gratifikationen lediglich einer Minderheit ausgezahlt würden. Auch würden derartige Prämien nicht in Lohnbestandteile umgewandelt und hätten nur einen einmaligen Effekt.

Als ähnliche trojanische Pferde müssen Vorschläge wie die Rückführung von Lohnabschlüssen auf die betriebliche

Ebene und Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage von Einzelbetrieben betrachtet werden. Marx hat den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit entwickelt, die – bei der jeweiligen Entfaltung der Produktivkräfte – für die Herstellung einer Ware oder Dienstleistung benötigt wird.

Würde das Zurückbleiben von Betrieben hinter dem Stand der Technik durch niedrigere Lohnabschlüsse belohnt, käme das einer Rationalisierungsbremse und der Subventionierung mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gleich. Um bei Marx im ersten Band des „Kapital“ zu bleiben, würde honoriert, wenn ein Schuster für ein Paar Schuhe vierzehn Tage benötigt, obwohl im gesellschaftlichen Schnitt dafür bloß eine Woche aufgewendet wird.

Nach dem gewaltigen Fall der Lohnquote in den letzten 15 Jahren sind die ÖGB-Spitzen gut beraten, sich darauf zu konzentrieren, hohe Lohnabschlüsse durchzusetzen und notfalls zu erkämpfen. Die Auseinandersetzung über Gewinnbeteiligung, betriebliche Abschlüsse und dergleichen ist vor diesem Hintergrund so notwendig wie ein Kropf.

Lutz Holzinger ist Journalist in Wien

Das Auge der Firma ist überall

„Paranoia heißt, alle Fakten zu kennen“ (William S. Burroughs). Für den Großteil der Angestellten gehört die Nutzung elektronischer Netzwerke zur alltäglichen Arbeit. Diese bietet den Firmen ungeahnte Möglichkeiten, ihre Angestellten zu überwachen.

In einigen Fällen ist dies leicht zu durchschauen: Bei elektronischen Zugangskontrollen, Zeiterfassungssystemen oder computerlesbaren MitarbeiterInnenkarten, mit denen auch in der betriebseigenen Kantine bezahlt wird. Auch der Einsatz von GPS in Dienstwägen hängt nicht nur mit der Gefahr des Diebstahls zusammen – offensichtlich wird es, wenn Firmen den Angestellten, die ihr Privat-Kfz beruflich nutzen, GPS gratis anbieten. Dort wo die Überwachung die Menschenwürde verletzt, sind Betriebsvereinbarungen zwingend vorgeschrieben.

Die Arbeit an PCs bietet Firmen ungeahnte Möglichkeiten der Überwachung, die für Angestellte kaum bzw. nur schwer überprüfbar ist – der Platz reicht hier für die vielfältigen Möglichkeiten nicht aus. Empfehlenswert ist daher die Broschüre „Rächer der enterbten Daten“, herausgegeben von der work@it der GPA.

Die Überwachung ist in vollem Gang: Im Jahr 2000 wurden lt. Computerzeitschrift Chip in den USA 38 Prozent der Mails mitgelesen. Lt. „American Management Association“ wurden in den USA 2001 bereits 63 Prozent der Bildschirmarbeitsplätze überwacht. Private Mails unterliegen zwar der gesetzlich geschützten Privatsphäre, das hindert Unternehmen trotzdem nicht daran, Mails nach Schlagworten, Dateien oder Empfängern mittels entsprechender Programme zu durchsuchen.

Zur Anwendung kommen auch Spionage-Programme, die vorsätzlich auf der Festplatte installiert werden, um das Surfverhalten der Angestellten regelmäßig auszuwerten. „Key Logger“ ist der Überbegriff für Programme, die alle Aktivitäten am PC mitprotokollieren.

Besonders elegant – und unbemerkt – gelingt dies mit speziellen Softwareprogrammen, die angeblich ursprünglich entwickelt wurden, um die privaten PCs in den Haushalten zu schützen. Das auch in Deutschland erhältliche Programm „Spector“ der Firma ProtectCom ging dort am 23.4.2001 auf den Markt – bereits im September des gleichen Jahres wurde es 4.500 mal verkauft, davon zu ca. 75 Prozent an Unternehmen. Bisher wurde es weltweit über 70.000-mal verkauft und dies ist nur eines von vielen Programmen.

Folgendes protokolliert dieses Programm: alle Tastenanschläge, alle besuchten Internetseiten, alle Chat-Unterhaltungen, alle Mails und Instant-Messaging-Aktivitäten, alle Bildschirmmasken mit Wiedergabefunktion als „Videofilm“, laufende Analyse der Bilder, läuft wahlweise im sichtbaren oder unsichtbaren Modus, Speicherung der Protokolle und Bilder auf der lokalen Festplatte, durch Hinterlegung von Schlüsselwörtern und Phrasenlisten kann bei Eingabe entsprechender Wörter eine automatische Mail generiert werden (Alarmfunktion). Ausgezeichnet mit dem „Big Brother Award 2001 für Überwachung am Arbeitsplatz“



In vielen Fällen sind sich die AnwenderInnen nicht bewusst, dass solche Maßnahmen durchgeführt werden und haben ein entsprechend lockeres Surf- und Mail-Verhalten. Als AnwenderIn lässt sich praktisch nicht herausfinden, was genau protokolliert wird und wie bzw. ob die Protokolle ausgewertet werden.

Diese Art der Überwachung kann nur durch organisatorische Maßnahmen unterbunden werden – beispielsweise durch Betriebsvereinbarungen, die festlegen, unter welchen Umständen Log-Protokolle geöffnet werden dürfen, wie lange sie gespeichert werden dürfen und wer bei der Öffnung anwesend sein muss (Vier-Augen-Prinzip).

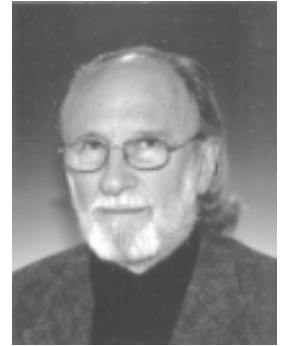
Ansprechpartner in diesem Bereich ist der Betriebsrat bzw. die GPA vor Ort, insbesondere die IG work@it, welche auch die Broschüre „Rächer der enterbten Daten – technische Überwachung von Beschäftigten bei der Internet und E-Mail-Nutzung“ herausgegeben hat, die empfehlenswert ist.

Oliver Jonischkeit ist ÖGB-Sekretär und Bundessekretär des GLB

Von Hubert Schmiedbauer

Preisauftrieb bremst Kaufkraft und Konjunktur

Die Wirtschaft floriert, der Export boomt, die Auftragsbücher sind voll, die Investitionen nehmen zu, die Profite schäumen über, Managerbezüge werden aufgepöppelt. Nur eines bleibt seit Jahren zurück: die Massenkaufrkraft. Die Wirtschaftsforscher haben ihre Prognosen für 2007 leicht angehoben, für 2008 allerdings nach unten korrigiert. Berichte von WIFO und IHS enthalten aufschlussreiche Zahlen über die Zuwächse an Beschäftigung, Produktivität und Gewinnen.



Täglich verlangen Unternehmervertretungen und Regierung Zurückhaltung bei Löhnen und öffentlichen Ausgaben, dafür aber neue Privilegien für das Kapital und die MillionärInnen. Finanzminister Molterer lobt Gemeinden und Sozialversicherungen für die Einsparung von 350 Mio. Euro – also für die Verschlechterung sozialer und kommunaler Dienstleistungen – und er rügt die Länder, die 600 Mio. Euro an Einsparungen beitragen sollen.

Stichworte für diese Politik kommen aus der neoliberalen Ecke. IHS-Chef Bernhard Felderer sieht bedeutende Einsparungsmöglichkeiten im Gesundheits- und Unterrichtswesen. In der jüngsten IHS-Prognose heißt es zur Lohnpolitik, „durch ein hohes Ausmaß an Koordinierung“ sei es in der Vergangenheit gelungen, „sowohl auf gesamtwirtschaftliche Erfordernisse wie Wettbewerbsfähigkeit und ein hohes Beschäftigungsniveau Rücksicht zu nehmen, als auch ein ausreichendes Maß an Flexibilität sicherzustellen. Das Institut geht davon aus, dass auch die kommende Herbstlohnrunde diese erfolgreiche Tradition fortsetzen wird.“

Das WIFO zeigt sich besorgt über das seit sieben Jahren nachhinkende Konsumwachstum. Das bewirke einen stark dämpfenden Effekt auf das

Wachstum des Bruttoinlandprodukts. Ursachen seien u.a. „die ungünstige Entwicklung der Einkommen“ sowie „die Ausweitung der Pensionsvorsorge“. 2008 werde es eine leichte Belebung der Konsumnachfrage geben, „die Nettoeinkommen werden aber dennoch nur sehr schwach expandieren (plus 0,3 Prozent)“. Angesichts der Welle von Preiserhöhungen in diesem Herbst werden die Zahlen am Ende des Jahres wohl wieder einmal zu korrigieren sein...

Soziale Partner

Statt kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltserhöhungen wollen die Unternehmer je nach Betriebserfolg Einmalzahlungen ausschütten. WKÖ-Präsident Christoph Leitl schlug vor, für Ältere und Behinderte den Kündigungsschutz aufzuheben, denn dieser schrecke die Unternehmer ab. So ähnlich hat man es schon mit den Lehrlingen gemacht. Zugleich werden „Lohnerhöhungen“ für die Privilegierten gefordert, indem der Spitzensteuersatz auf Einkommensteile über 50.000 Euro pro Jahr von 50 auf 40 Prozent gesenkt wird. 60.000 Euro Jahreseinkommen würden damit um tausend, 100.000 Euro sogar 5.000 Euro weniger besteuert.

Vom ÖGB kommen heftige Worte: Eine „Steuerreform im Ausmaß von zwei Milliarden Euro, um die Belastung der ArbeitnehmerInnen endlich zu senken“ und „die Einführung der Wertschöpfungsabgabe“ verlangte Präsident Hundstorfer. Zum neuen EU-Vertrag meinte er, „der dringend notwendige Kurswechsel der EU wird damit nicht möglich sein“, die EU brauche „dringend eine sozial ausgerichtete Vorwärtsstrategie“. GPA-DJP-Chef Katzian kritisiert, im Vertrag dominierten „weiterhin wirtschaftsliberale Ideen, die schon bisher nicht geeignet waren, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen und der Skepsis großer Teile der europäischen Bevölkerung ... zu begegnen“.

Also was tun? „Die Einbeziehung der Bestimmungen über den sozialen Dialog in das Demokratiekapitel“, aber der wurde „im Kapitel Sozialpolitik versteckt“ und damit ist „der zukunftsweisende Weg der österreichischen Sozialpartner“ kein Bestandteil der EU-Politik. Aber nicht deswegen demonstrierten in Lissabon 200.000 Menschen gegen den EU-Gipfel. Statt „Sozialpartnerschaft“ als angebliches Allheilmittel gegen den Neoliberalismus wären Volksabstimmungen ein Signal an die Kapitalmacht.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien

Das Recht auf öffentliche Dienstleistungen

Eine Millionenmacht steht bereit zur Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen gegen profitgeile Privatisierungen. Wird das zur solidarischen Bewegung, was im September in Wien erarbeitet worden war, und finden die Zielstellungen die nötige Solidarität, dann könnte weltweit statt weiterer Privatisierungen eine Rückführung bereits privatisierter Unternehmen und Einrichtungen in öffentliches Eigentum in Gang gesetzt werden. Ja, wenn...

Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität, Umweltschutz, Bildung und Gesundheitswesen – elementare Menschenrechte, die in öffentlicher Hand, in demokratischer Verwaltung und Kontrolle stehen müssen. 1.500 GewerkschafterInnen aus 160 Ländern vertraten beim Kongress der Internationale der öffentlich Bediensteten, die heuer ihr hundertjähriges Bestehen feierte, nicht nur die mehr als 20 Millionen Mitglieder. Ihre Arbeit und ihr Kampf um qualifizierte Dienstleistung im Interesse aller BürgerInnen ihrer Länder betreffen die ganze Menschheit. Doch wie ist diese Arbeitswelt beschaffen, wenn Gewinnsucht von Konzernen, Aktionären und PrivatunternehmerInnen die Regierungen vor sich her treiben?

Eine Woche lang berichteten KollegInnen aus allen Kontinenten, wie durch die Privatisierung Dienstleistungen schlechter und teurer wurden, ungenügend oder gar nicht investiert, Arbeitsplätze vernichtet und die Löhne reduziert wurden. In vielen Ländern Afrikas, Südamerikas und Asiens werden GewerkschafterInnen verfolgt und Protestaktionen von der Staatsmacht niedergeknüppelt. In Europa und Nordamerika zerfallen Sozialsysteme, die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer.

„Der private Sektor kann es besser, wurde behauptet. Die Regierungen glaubten das“, sagte ein Kollege aus Nigeria. „Wir wissen es besser: Shareholder value statt Versorgung, steigende Preise, vernachlässigte Ausbildung... Es sind immer dieselben Institutionen und Organisationen, denen wir gegenüber sitzen – warum gehen wir nicht geschlossen gegen alle vor? Wir sind die einzige Organisation, die in allen diesen Sektoren etwas durchsetzen kann!“

Angesichts der Privatisierungswelle in Österreich und der sozialen Probleme, der Aushungerung des Gesundheitswesens und des Schulsystems, der Verschacherung von Industrie, Banken, Wohnsiedlungen und Verkehrsbetrieben aus öffentlichem Besitz waren einige Wortspenden aus dem Gastgeberland entbehrlich, ja eher befremdlich für die ausländischen Gäste: Bundeskanzler Gusenbauer behauptete in seiner Videobotschaft, das österreichische Prinzip der Sozialpartnerschaft habe uns ohne Konflikte den Wohlstand beschert, dabei gehe es um „ein permanentes Erarbeiten von win-win-Situationen“...

Auch Bundespräsident Fischer konnte sich beim Empfang der Gäste in der Hofburg nicht verkneifen, das „österreichische Modell der Sozialpartnerschaft“ hervorzuheben. Die zuständige Ministerin Doris Bures lobte „die gute Tradition der Sozialpartnerschaft“ und den „ausgewogenen Interessenausgleich“ – was immer man darunter verstehen mag. Solche Beschönigungen dürften für GewerkschafterInnen, die unter brutalem Druck von solchen „Sozialpartnern“ wie Weltbank, Multis und willfährigen Regierungen stehen, nicht sehr hilfreich sein...

„Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht!“, „Politik und Staat müssen den Markt regulieren!“, „Privatisierungen konnten das Leben der Menschen nicht verbessern!“, „Der Kampf der öffentlichen Dienste ist ein Kampf mit WTO, Währungsfonds und Weltbank!“ Diese Kernsätze des GdG-Vorsitzenden Christian Meidlinger in seiner Begrüßung trafen eher auf die Erfahrungen der Kongressteilnehmer – und es ist zu wünschen, dass die GdG ihre Hausaufgaben bei der Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen erfolgreich erfüllen und damit einen wichtigen Beitrag zu Erfolgen der IÖD leisten kann.

Hubert Schmiedbauer ist Journalist in Wien

Von Thomas Schulz

Kritik am Lohnabschluss

Am 22. Oktober stimmte der Aufsichtsrat der Bundestheaterholding einem, laut KMSfB „erfreulichen“, Lohnabschluss zu. Demnach werden die Bezüge der Beschäftigten der Bundestheater für die Zeit vom 1. September 2007 bis zum 31. Dezember 2007 um 2,0 Prozent und ab 1. Jänner 2008 um weitere 0,75 Prozent, insgesamt um 2,75 Prozent, angehoben.



Wenn aber der Gehaltsabschluss des Öffentlichen Dienstes für das kommende Kalenderjahr über 2,75 Prozent liegt, erhöhen sich die Bezüge der Bundestheaterbediensteten ab 1. Jänner 2008 wie jene der Bundesbeamten, höchstens aber um 2,9 Prozent.

Wenn man die Erhöhung ab Jänner von mindestens 2,75 Prozent hernimmt, klingt der Lohnabschluss prinzipiell nicht schlecht. Doch was ist mit den Monaten September bis Dezember? Laut „Statistik Austria“ stieg die Inflationsrate im September auf 2,1 Prozent und es ist auch nicht zu erwarten, dass sie in den nächsten Monaten noch sinkt. Also liegt der Lohnabschluss für vier Monate unter der Inflationsrate.

2 Prozent sind eindeutig zu wenig!

Aber auch die Lohnerhöhung ab Jänner 2008 schaut nur auf den ersten Blick gut aus. Die erwartete Inflationsra-

te von 1,9 Prozent wird die Lohnerhöhung auf 0,85 Prozent reduzieren. Und diese 0,85 Prozent werden durch Steigerungen bei den Sozialabgaben und Steuer fast zur Gänze aufgeessen. Fast 90 Prozent der ausverhandelten Lohnerhöhung werden also von Inflation, Steuer- und Abgabenerhöhung geschluckt. Es bleibt real (bezogen auf die Kaufkraft) somit nur mehr ein sehr geringer Zuwachs übrig!

Die „Anlehnung“ an den Öffentlichen Dienst schaut nicht einmal auf den ersten Blick gut aus. Zwar konnte die GÖD in den letzten Jahren einige Male höher als unsere Verhandler abschließen (was keine Kunst war), doch wenn man den Abschluss vom letzten Jahr von 2,35 Prozent betrachtet und die Aussage von Doris Bures (SPÖ, Beamtenministerin) hernimmt, die meinte, dass es bei den Lohnverhandlungen einen Unter-

schied zur Privatwirtschaft gebe, weil es bei den Beamtengehältern um Steuergelder und nicht um Unternehmensgewinne gehe, lässt nichts Gutes ahnen. Was die gute Frau anscheinend nicht weiß ist, dass Geld „kein Mascherl“ trägt und in beiden Fällen aus der Arbeit der Unselbständigen (also von uns) stammt.

Offensichtlich hat sich unsere Gewerkschaft wieder einmal zu Tode gefürchtet, statt nachdrücklich zu verhandeln. Trotz meiner Kritik an der Gewerkschaft bin ich aber der Ansicht, dass eine schlechte Gewerkschaft alle Mal besser ist als gar keine. Es ist eine unserer Aufgaben, immer wieder darauf zu drängen, dass der ÖGB unsere Interessen gegenüber den Arbeitgebern besser vertritt.

Die Gewerkschaft sind wir!

Thomas Schulz ist Bühnenarbeiter und Stv. BRV an der Wiener Staatsoper

Endlich Generalunternehmerhaftung

Eine langjährige Forderung des Gewerkschaftlichen Linksblocks wurde nun endlich von den Sozialpartnern beschlossen: Generalunternehmen haften für die nicht abgeführten Sozialversicherungsbeiträge ihrer Subunternehmen. Der zweite wichtige Schritt wäre die Bestrafung und Veröffentlichung jener Unternehmen, die Sozialversicherungsbeiträge nicht abliefern (925 Millionen Euro).

Es handelt sich hier nicht nur um Arbeitgeberbeiträge, sondern um die Beiträge, die den ArbeitnehmerInnen von ihren Gehältern bereits einbehalten und nicht an die Sozialversicherung weiterbezahlt wurden. Dies ist eine Unterschlagung und somit eine kriminelle Handlung, die streng bestraft werden muss. Sowohl Industriellenvereinigung als auch Wirtschaftskammer wehren sich aber - bisher erfolgreich - gegen eine Bestrafung von „einigen wenigen schwarzen Schafen“.

Von Anita Kainz

Verlang mehr – zahl weniger!

Die Sozialabteilung des Landes Oberösterreich ist auf den neoliberalen Zug der Zeit aufgesprungen und zwingt ab 2008 vorerst den Vereinen, die psychosoziale Dienste anbieten (andere werden noch folgen) Leistungspreisverträge auf.

„Verträge“ ist eigentlich das falsche Wort, denn solche bedürfen der Auszahlung. Hier handelt es sich aber um eine sehr einseitige Angelegenheit, weil die beamteten Betriebswirte der Sozialabteilung den Vereinen detailliert diktieren, was sie um welchen Preis und mit welchem Personal anzubieten haben. Ja selbst die Einstufung in den Kollektivvertrag wird in einem „Verwendungsgruppenmix“ vorge-schrieben, wobei eine Überzahlung bei den Ist-Gehältern nur bis 2014 geduldet wird.

„Mehr Leistung durch weniger Personal, das um noch weniger Geld arbeiten soll“ - unter diesem Motto werden bestehende Dienstverträge langjähriger MitarbeiterInnen zur Änderungskündigung freigegeben. Der ohnehin niedrige BAGS-KV wird gerade noch akzeptiert – allerdings als oberstes Limit anstatt als Mindestgrundgehalt. In Wirklichkeit aber nicht mal das, denn die im KV vereinbarten Erschwerniszulagen werden von der Sozialabteilung nicht finanziert, weil es nach deren Diktion zum Berufsbild der verschiedenen Sozialberufe gehöre, dass unter erschwerten Bedingungen zu arbeiten sei und man es daher nicht noch extra ab-gelten müsse. Dazu sind bereits Fest-stellungsklagen zweier Vereine beim Arbeits- und Sozialgericht Linz anhängig.

Arbeitsbedingungen sollen verschlechtert werden

Auch Arbeitsrecht und Arbeitszeit-gesetz scheren die RechenmeisterInnen

des Landes wenig: ob durch mangelhafte personelle Ausstattungen verschiedener Dienste überhaupt noch die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen eingehalten werden können oder ob Alleindienste in der Nacht überhaupt zulässig sind, spielte bei den Verhandlungen mit den GeschäftsführerInnen keine Rolle.

Zur Problematik, dass unter schlechteren Arbeitsbedingungen auch die Qualität der Leistungen sinken werde, meinte der zuständige Landesrat sogar: „Ihr wollt immer Qualität 1 – uns reicht auch 3 minus.“ Offensichtlich kann sich die Politik gut vorstellen, wieder zurück in die Zeiten vor der großen Psychiatriereform zu gehen: Warm, satt, sauber und weg von der Straße. Es besteht die Gefahr, dass an die Stelle des Eingehens auf individuelle Bedürfnisse und Eigenarten, die Menschen diese wieder in den Einrichtungen der Tagesstrukturen „niedergebastelt“ werden: Hauptsach´, a Ruah is und es kostet net vüll?

Schwarz, grün, rot: Einig bei der Nivellierung nach unten

Das Spiel, die Betroffenen im Kreis zu schicken und ihnen zu sagen, dass jeweils die anderen schuld seien, funktioniert nur zweimal, dann hat auch der Dümme herausgefunden, dass sich alle aufeinander ausreden: Die Geschäftsführer sagen, sie bekommen nicht das erforderliche Geld. Der zuständige rote Landesrat sagt, er habe nicht genug Geld vom schwarzen Finanzlandesreferenten bekommen. Der wie-

derum sagt, der rote Landesrat habe eh viel mehr bekommen als die Jahre zuvor. Die Grünen sagen, sie verstehen das alles, sind aber für die Kürzung der Gehälter – schließlich befinden sie sich in Oberösterreich ja in schwarzer koalitionärer Geiselhaft.

Vor Jahrzehnten wurde ein großer Teil des öffentlichen sozialen Versorgungsauftrages an kleinere private Sozialvereine ausgelagert, um so Kosten zu sparen. Nun will man die Arbeit dieser „billigen“ Vereinen noch ein Stück billiger machen.

In Oberösterreich wehren sich nun die Beschäftigten dieser Sozialvereine, indem sie klare Forderungen erheben:

- Vertragstreue von Arbeitgebern und Land – gegen Eingriffe in bestehende Arbeitsverträge, gegen Änderungskündigungen
- ausreichende Finanzierung der Gesundheits- und sozialen Dienste
- Einhaltung des Arbeitsrechts
- faire Arbeitsbedingungen – gegen den steigenden Arbeitsdruck
- faire Kostendeckung statt Normkostenmodell – gegen den steigenden Arbeitsdruck

Seid umschlungen, Millionen...

Geht es nach den Unternehmen dürften die Löhne und Gehälter nie erhöht werden: Läuft die Konjunktur schlecht heißt es: zu hohe Löhne verhinderten den Aufschwung. Zieht die Konjunktur an, wird gleich vorsorglich erklärt: man dürfe sie nicht durch hohe Abschlüsse gefährden.



Die jährlichen Untersuchungen der Wiener Arbeiterkammer über die an der Wiener Börse notierten Unternehmen zeigen freilich einen Aufschwung, von dem die Lohnabhängigen nur träumen können. So stiegen 2006 die Dividenden der 19 ATX-Unternehmen um 33 Prozent, der Gewinn vor Steuern um 27 Prozent, die Vorstandsgagen um 14, pro Kopf gar um 17 Prozent, der Personalaufwand um zehn Prozent. Die Zahl der Beschäftigten wuchs hingegen nur um zehn Prozent, der Personalaufwand pro Kopf sank gar um ein Prozent.

Dabei ist die Voest Alpine, die seit Jahren einen Rekordgewinn nach dem anderen schreibt, aufgrund ihres abweichenden Wirtschaftsjahres in der

Auswertung gar nicht inkludiert. Untersucht wurden A-tec Industries, Andritz, BWIN, Böhler-Uddeholm, Erste Bank, EVN, Flughafen Wien, Intercell, Mayer-Melnhof Karton, Österreichische Post, OMV, Raiffeisen International, RHI, Telekom Austria, UNIQA, Verbund, Voest Alpine, Wiener Städtische, Wienerberger und Zumtobel mit zusammen 290.000 Beschäftigten.

Während die Gewinne in einsame Höhen wachsen, halten sich die ATX-Unternehmen mit der Steuerleistung vornehm zurück. Der reale Steuersatz der Körperschaftssteuer sank 2006 sogar um zwei Prozent auf 16 Prozent – bei einem offiziellen Steuersatz der in der schwarzblauen Regierungszeit ohnehin von 34 auf 25 Prozent gesenkt

wurde. Ausgiebige Gestaltungsmöglichkeiten und die von Grasser eingeführte Gruppenbesteuerung – bei welcher Verluste im Ausland Gewinne im Inland steuerlich reduzieren – machen es möglich.

Der Anstieg der Beschäftigtenzahl ist hauptsächlich auf Zukäufe in Osteuropa und die Expansion in Billiglohnländern zurückzuführen, im Inland wird weiter eisern rationalisiert, Arbeitsplätze und entsprechende Löhne sind für die Vorstände bloße Kostenfaktoren. Durch diese Entwicklung sinkt auch der durchschnittliche Personalaufwand pro Kopf. Auf sich selbst schauen die Vorstände freilich immer: Diese kassieren bei OMV, Andritz und Telekom jeweils über 2 Mio. Euro pro Jahr, Erste Bank und A-tec Industries folgen mit 1,9 bzw. 1,6 Mio. Euro. Wahrscheinlich arbeiten sie auch hundertmal soviel wie durchschnittliche Beschäftigte...



Wir nennen es „Strukturverbesserung“!

Warum streiken die deutschen Lokführer? Antwort: „Weil sie es können“

Die Gewerkschaft Deutscher Lokführer wurde 1867 als Verein Deutscher Lokomotivführer gegründet und gilt als älteste deutsche Gewerkschaft. Nach Verbot während der Nazidiktatur fand 1949 die erste Generalversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg statt, wobei auch der Beitritt zum Deutschen Beamtenbund beschlossen wurde. 1991 schlossen sich GDL West und Ost zu einer gesamtdeutschen Gewerkschaft zusammen.

2002 scheiterte ein Ergänzungs-tarifvertrag, der bis zu 18 zusätzliche unbezahlte Dienstsichten jährlich vorsah, am Widerstand der GDL. Mit dem Verweis auf unvereinbare tarifpolitische Ziele löste sich die GDL aus der Tarifgemeinschaft der Deutschen Bahnen, die sie bis dahin mit der gleichfalls zum Beamtenbund und der Tariffunion gehörenden GDBA sowie der mächtigen DGB-Gewerkschaft Transnet bildete. Folglich stellte die GDL ihre Forderungen nach Lohnerhöhungen und eigenständigen Spartentarifverträgen. Die Deutsche Bahn war und ist bis dato nicht bereit, darüber zu verhandeln! Das eindeutige Votum einer Urabstimmung stellte die Weichen Richtung Arbeitskampf, wobei dieser eine ganz besondere Eigenheit aufweist: Nicht nur Politik, Eigentümerversammlung und deren Medien als quasi „natürliche“ Gegner zu haben, sondern darüber hinaus mit Solidaritätsentzug und dem Spaltungsvorwurf durch die nadelstreif-gewandeten Gewerkschaftsspitzen in DGB (Transnet) und GDPA konfrontiert zu sein. Die Errichtung eines gigantischen

Lügengebäudes zur Diskreditierung und Verächtlichmachung der Lokführerziele wurde daraufhin sofort und unisono in Stellung gebracht:

Lüge 1: Die Forderungen sind unrealistisch und überzogen. Tatsächlich und hauptsächlich geht es um die Einbeziehung von ohnehin bezahlten Zulagen als Gehaltsbestandteil und die Erhöhung der lächerlich niedrigen Einstiegsgehälter. Aber Manipulation war immer schon das angestammte Handwerk der Schurken und gerade die Forderung nach einem Spartentarifvertrag in der Fläche stellt sich am Vorabend der politisch abgesegneten Bahnprivatisierung, mit voraussichtlicher Aufspaltung des Personals in zahlreiche Unternehmensstrukturen als höchst dringlich.

Lüge 2: Die Lokführer verfolgen nur Separatinteressen! Gilt das auch wenn sich Zugbegleiter, MitarbeiterInnen im Speisewagen sowie die Straßen- und U-BahnerInnen in Berlin und München in der GDL organisieren? Besteht nicht

eher eine „Notwehrsituation“ angesichts jahrelanger Reallohninbußen, sich ständig verschlechternder Arbeitsbedingungen und einer Interessenspolitik ala Transnet, deren Vorsitzender Hansen als Beispiel für die Umsetzung von Unternehmenszielen, Trommler jeweiliger Regierungspolitik und beschämender Chagleur der Bahnprivatisierung gilt?

Unabhängig vom Ausgang dieses Arbeitskampfes bleibt eine wesentliche gewerkschaftliche Frage bestehen und die lautet: Haben berufsständische Gewerkschaften Zukunft oder bedeutet deren Erfolg die endgültige Aufkündigung des Solidaritätsprinzips? Oder im Umkehrschluss: Können kriecherische und „sozialpartnerschaftlich“ gelähmte Großgewerkschaften wirklich noch Antworten geben?

Es bleibt: Geschenkt wird uns nichts – wir müssen es erkämpfen! In diesem Sinne erklären sich die GLB-Eisenbahner mit dem Kampf und den Zielen unserer Deutschen KollegInnen solidarisch!

Werner Beier
Lokführer

GLB-Erfolge bei Betriebsratswahlen

EZA: Ende Oktober 2007 fand die Betriebsratswahl bei EZA Fairer Handel in Köstendorf (Salzburg) statt. Von 49 abgegebenen Stimmen entfielen 45 und damit alle Mandate auf die Namensliste. BRV Gerd Haslinger und BRVStv. Gerhard Wimmer haben ihre Mandate für den GLB deklariert.

Magna: Bei den Arbeiterbetriebsratswahlen im Magna-Steyr-Werk in Graz am 8. und 9. November 2007 steigerte sich der GLB auf 324 Stimmen (2003: 285) und verteidigte mit einem Stimmenanteil von 7,9 Prozent souverän seine zwei Mandate, die von AK-Rat Peter Scherz und Betriebsrätin Hilde Tragler ausgeübt werden. Peter Scherz konnte in seiner Abteilung einen Stimmenanteil von 17 Prozent erzielen. Die Mandatsverteilung: FSG 18 (17), FP 3 (2), Namensliste 2 (3), GLB 2 (2), FCG – (1).

Private Pensionsvorsorge boomt

Das Geschäft mit der privaten Pensionsvorsorge boomt: Auf 13 Milliarden Euro ist in den letzten 15 Jahren das von den Pensionskassen verwaltete Vermögen angewachsen. Fast eine halbe Million ÖsterreicherInnen haben Anspruch auf eine Firmenpension und vertrauen auf die Anlagenentscheidungen der Pensionskassen.

Angesichts der Turbulenzen an den Börsen wächst bei den Versicherten die Sorge, dass Korrekturen an den Aktienmärkten ihre Zusatzpension dezimieren wird. Der Fachverband der Pensionskassen weist dies natürlich mit Entrüstung zurück.

Die Fakten sagen freilich anderes: Im Schnitt vermehrte sich das veranlagte Vermögen seit 1992 um 7,3 Prozent, in den letzten fünf Jahren freilich nur mehr um sechs Prozent. Die Kassen haben zwar angeblich satte Rücklagen angelegt aus denen sie die den Versicherten zugesagten Prämien ausgleichen, doch in den letzten Jahren gab es nicht nur einmal für tausende Versicherte ein Minus.

Die Findigkeit bei der Privatisierung der Pensionsvorsorge geht freilich weiter. Bereits 2003 wurde eine Pensionsvorsorge eingerichtet, bei welcher der Staat für einen veranlagten Betrag von jährlich 1.850 Euro für „Zukunftsvorsorge-Produkte“ 9,5 Prozent Prämie dazuzahlt. Bislang haben 1,2 Millionen Österreicher dem Finanzkapital derart rund drei Milliarden Euro „Spielkapital“ zur Verfügung gestellt.

Nun forciert der Kapitalmarktbeauftragte Richard Schenz den Aktienerwerb und will dazu einen „Österreich-Fonds“ für indirekte Mitarbeiterbeteiligung installieren, an dem sich auch Beschäftigte von nicht an der Börse notierten Unternehmen beteiligen können. Gelockt wird mit einer Verdoppelung der steuerfreien Summe für den Erwerb von Mitarbeiter-Aktien auf 3.000 Euro und eine Verkürzung der Behaltefrist auf drei Jahre.

Damit will man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Erstens sollen Gewinnbeteiligungen die kollektivvertraglichen Lohnabschlüsse schmälern. Zweitens wird derartiger Aktienwerb unverhüllt als private Altersvorsorge angepriesen, im Klartext wollen sich damit Unternehmen wie Staat gleichermaßen aus der Mitfinanzierung der Pensionsvorsorge davonstehlen.

Von Siegfried Pötscher

Arbeitsrecht-Tipp:

Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz (AVRAG)

Im AVRAG wird gesetzlich sichergestellt, dass bei einem Betriebsübergang die Arbeitsverhältnisse mit allen Rechten und Pflichten auf den neuen Eigentümer übergehen. Kündigungen sind unzulässig, nur ausnahmsweise (z.B. neuer Kollektivvertrag) darf der Erwerber Arbeitsbedingungen verändern. Kommt es dadurch zu wesentlichen Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen, können diese ihr Arbeitsverhältnis begünstigt, z.B. Abfertigung auch bei Selbstkündigung, beenden.

Vorsicht beim Outsourcen: Beim Erwerb von Betriebsteilen ist darauf zu achten, ob die erworbene Einheit ein „Betriebsteil“ im Sinne des AVRAG sein könnte. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) betrachtet auch kleine Einheiten als Betriebsteil.

Im AVRAG fehlt vor allem die in der Richtlinie enthaltene Bestimmung, dass aus Anlass einer Unternehmensübertragung eine Kündigung nicht erfolgen darf, wenn nicht gleichzeitig wirtschaftliche, technische oder organisatorische Gründe vorliegen. Kündigungsschutz anlässlich eines Betriebsüberganges existiert, obwohl er nicht im Gesetz steht.

Häufig erfolgt mit dem Betriebsübergang ein Wechsel des anzuwendenden Kollektivvertrages. Der Unternehmenserwerber muss den ArbeitnehmerInnen nach dem Wechsel die Rechte aus dem alten KV weiter gewähren, wenn die Regelungen für die ArbeitnehmerInnen besser sind als die des neuen KV. Mindestens ein Jahr lang ist der alte KV anzuwenden.

Eine einzelvertragliche Vereinbarung, dass diese Rechte nicht mehr gewährt werden, bedarf der Zustimmung der ArbeitnehmerInnen und kann rechtswirksam frühestens ein Jahr nach dem Betriebsübergang abgeschlossen werden. Für Unternehmenserwerber ist das genaue Studium der KV-Regelungen über die Möglichkeiten, Dienstverhältnisse aufzulösen, unerlässlich. Auch der Bestandschutz (Kündigungsschutz) eines Dienstverhältnisses wird nämlich miterworben. Das Gleiche gilt für bestimmte betriebliche Pensionszusagen.

Unternehmenserwerber und – veräußerer haften zu ungeteilter Hand für alle ArbeitnehmerInnenforderungen bis zum Zeitpunkt des Betriebsüberganges. Die AVRAG-Haftung des Erwerbers ist begrenzt: Er haftet nur für Forderungen, die er kannte oder kennen musste. Er haftet höchstens bis zum übernommenen Unternehmenswert. Die Haftung des Veräußerers ist zeitlich unbegrenzt und vertraglich nicht abdingbar. Das bedeutet, dass bei einer Unternehmensveräußerung letztlich auch der eventuelle Insolvenzfall des Erwerbers mitkalkuliert werden muss.

AK Steiermark**EU-Volksabstimmung und VHS**

*Peter Scherz
GLB-AK-Rat Stmk.*

SPÖ und ÖVP lehnten bei der 11. Vollversammlung der steirischen AK am 22. November 2007 eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag ab. AK-Rat Peter Scherz zum Antrag des GLB: „Wesentliche Kritikpunkte an der ursprünglichen EU-Verfassung, wie eine Verpflichtung zur Aufrüstung, die Einführung einer „Verteidigungsagentur“ zur Ankurbelung der Aufrüstung, eine militärische Beistandsverpflichtung oder die Sicherstellung eines „Binnenmarktes mit freiem und unverfälschten Wettbewerb“ und damit auch die Unterordnung der öffentlichen Daseinsvorsorge unter die Interessen eines gewinnorientierten Marktes, sind auch weiterhin Teil des neuen EU-Reformvertrages oder beigefügter Protokolle. Die Inhalte des EU-Reformvertrages haben wesentliche Auswirkungen auf unsere Neutralität und die Lebensbedingungen der Menschen unseres Landes. Deshalb ist eine Volksabstimmung unserer Meinung nach notwendig.“ Scherz bedauerte, dass sich die großen Fraktionen mehr von der Loyalität zur Regierung als von den Interessen der arbeitenden Menschen leiten lassen.

Zugewiesen wurde ein GLB-Antrag zur Streichung von VHS-Ermäßigungen: Für AusgleichszulagenempfängerInnen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld gewährte die Volkshochschule bis zum Ende des letzten Semesters eine 90prozentige Ermäßigung auf ihre Kurse. Aufgrund der neuen Geschäftsbedingungen wurden für beide Gruppen diese Ermäßigungen gestrichen, und es gelten nur mehr die allgemeinen 20-Prozent-Rabatte für AK-Zugehörige. Während ALG-BezieherInnen die Möglichkeit haben, sich mit der Bestätigung des aktuellen Arbeitslosengeldbezuges eine - dem Bildungsscheck gleichwertige - Reduktion des Kursbeitrages um 50 Euro zu holen, fallen AusgleichszulagenempfängerInnen hier durch den Rost.

AK Wien**Wieder zahlreiche GLB-Initiativen in der Wiener AK**

*Beatrix Todter
GLB-AK-Rätin Wien*

In seiner Rede bei der 147. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer am 13. November 2007 zeigte sich AK-Präsident Tumpel erfreut, dass die Forderungen der AK betreffend Sozialbetrug, Generalunternehmerhaftung und die Absicherung freier DienstnehmerInnen endlich von der Regierung umgesetzt werden.

Weiters betonte er, dass die Finanzierung für das Pensions- und Gesundheitssystem nur durch Vollzeit Arbeitsplätze und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage mittelfristig gesichert werden kann. Der AK-Präsident vergisst leider immer die Eintreibung der Schulden der DienstgeberInnen (900 Mio. Euro) einzufordern, die unsere Sozialversicherung sofort aus den roten Zahlen bringen würde.

Der GLB brachte bei dieser Sitzung Anträge zu folgenden Themen ein: Schwerarbeiterregelung für Nacht- und Schichtarbeit, Novelle des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, Volksabstimmung über den EU-Vertrag, Amtliche Preisregelung, Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie Sonntagsöffnung im Handel während der Fußball-EM 2008 (der volle Wortlaut der Anträge auf der Website des GLB www.glb.at).

Die Anregung zum Antrag 1 (Schwerarbeiterregelung für Nacht- und Schichtarbeit) kam von einem Arbeitskollegen der GLB-Arbeiterkammerrätin Beatrix Todter und wurde mehrheitlich von der Vollversammlung angenommen. Auch die Anträge 2 (Novelle Arbeitslosenversicherungsgesetz) und 5 (Privatisierung) wurden angenommen. Die Anträge 3 (EU-Vertrag) und 4 (Amtliche Preisregelung) wurden zugewiesen, der Antrag 6 (Sonntagsöffnung) hingegen abgelehnt.

Wir trauern um Manfred Groß (1953-2007)

Die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) trauert um ihren langjährigen Bundesvorsitzenden Manfred Groß, der am 2. Oktober 2007 völlig überraschend gestorben ist. Mit Manfred Groß verlieren wir einen leidenschaftlichen Gewerkschafter: In der Gewerkschaftsjugend, als Betriebsrat und als Gewerkschaftsfunktionär hat er mit seiner kritischen Einstellung zu den sozialpartnerschaftlich bedingten Fehlentwicklungen in den österreichischen Gewerkschaften die Linie des GLB über viele Jahre hinweg maßgeblich bestimmt.



Manfred Groß verband wie wenige die Theorie mit der praktischen politischen Arbeit und die Formulierung prinzipieller Standpunkte mit der Bereitschaft zur Diskussion und dem Eingehen auf die Argumente anderer. Sein Arbeitsplatz war weniger der Schreibtisch, sondern seine unzähligen Betriebsbesuche, Treffen und Aussprachen mit BetriebsrätInnen, seine Hilfe und Mitarbeit vor Ort bei kritischen Situationen, Betriebsratswahlen oder einfach bei der Organisierung von Unterstützung und Hilfe jeglicher Art, wenn KollegInnen diese brauchten. In unzähligen Artikeln in den Publikationen des GLB analysierte Manfred Groß die Entwicklung der Lage der ArbeiterInnenklasse in Österreich, zeigte Wege der Veränderung auf, setzte sich kritisch mit der Gewerkschaftspolitik auseinander und prägte letztlich damit auch maßgeblich das Profil der Linksfraktion.

Manfred Groß wurde am 4. Februar 1953 in Braunau geboren, erlernte nach dem Schulbesuch ab 1969 den Beruf eines Schriftsetzers und Korrektors, wurde als Gewerkschafter aktiv und 1973 zum Betriebsratsvorsitzenden des damaligen Innviertler Verlages in Braunau gewählt. 1979 übernahm er die Funktion als Landessekretär des Gewerkschaftlichen Linksblocks in Oberösterreich und vertrat den GLB auch in der ÖGB-Landesexekutive. Mit seiner Tätigkeit verbunden sind auch der Wiedereinzug des GLB in die OÖ Arbeiterkammer bei der AK-Wahl 1984 und der Höhepunkt der Protestbewegung gegen die Privatisierung der Verstaatlichten mit der Großkundgebung von über 40.000 TeilnehmerInnen am 18. Jänner 1986 in Linz und der Kampf um die Standorterhaltung der AMAG in Ranshofen.

Ab 1987 war Manfred Groß als Sekretär für Betriebsarbeit der KPÖ tätig, welcher er seit 1974 angehörte und für die er auch wichtige Funktionen ausübte. Im September 1989 folgte er Anton Hofer als Bundesvorsitzender des GLB und als Mitglied des ÖGB-Bundesvorstandes sowie als Vertreter im Weltgewerkschaftsbund nach und übte diese Funktionen mit großem Engagement aus, bis er 2003 durch einen Schlaganfall jäh aus seiner gewerkschaftlichen und politischen Arbeit gerissen wurde. Er musste sich aus allen Funktionen zurückziehen. Die Spätfolgen dieses Schlaganfalls haben ihn nun eingeholt. Manfred Groß hinterlässt eine große Lücke in der gewerkschaftlichen Linken, wir werden ihn in bleibender Erinnerung behalten.

Bundesleitung des GLB

Der GLB trauert

Rudolf Zeidler (1922-2007)

Am 27. Mai starb im 86. Lebensjahr Rudolf Zeidler. 1922 geboren, war er schon mit 17 politisch aktiv, wurde 1942 zur deutschen Wehrmacht eingezogen und geriet 1943 in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus welcher er erst 1947 zurückkehrte. 1949 trat er in die SMV-Raffinerie in Vösendorf ein. Überstellt in den Baubetrieb wurde er zum Betriebsratsobmann gewählt. Nach der Eingliederung in die Raffinerie Schwechat fungierte er zwei Funktionsperioden als Betriebsratsobmann-Stellvertreter und dann noch drei Perioden als Obmann.

Zeidler war Mitglied der Zentralen Leitung und der Leitung der Chemiearbeiter der Gewerkschaftlichen Einheit, bzw. später des GLB, Obmann der Ortsgruppe Chemie im Schwechater Bezirksausschuss des ÖGB, Mitglied der NÖ Landesexekutive des ÖGB und Versichertenvertreter in der NÖGKK.

Rainer Egger (1945-2007)

Anfang August schied Rainer Egger aus dem Leben. Er wurde 1945 in der Steiermark geboren, absolvierte eine Tischler-Lehre, übersiedelte nach Salzburg, wo er von 1965 bis 1985 in der EA-Generali-Versicherung arbeitete. Er wurde zum Betriebsrat, zum BRV und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralbetriebsrats gewählt. 1985 übersiedelte er nach Wien und übernahm die Funktion des GLB-Sekretärs in der Gewerkschaft der Privatangestellten. Seit 1989 gehörte er auch dem zentralen Leitungsausschuss der GPA an. Ab 1991 war Egger als Sekretär der GPA tätig.

Martin Bancsich (1926-2007)

Im 81. Lebensjahr ist Martin Bancsich gestorben. Er gehörte als langjähriger Betriebsrat bei Hofman und Maculan und Mitglied des Hauptausschusses der Gewerkschaft Bau-Holz zu den führenden Gewerkschaftern des Gewerkschaftlichen Linksblock. In Favoriten leitete er auch nach seiner Pensionierung viele Jahre als Obmann die Zahlstelle seiner Gewerkschaft. Martin Bancsich war auch Träger des goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich.

GLB-Jahreskalender 2008

Auch für 2008 gibt es wieder den schon traditionellen roten GLB-Jahreskalender, der in zahlreichen Betrieben von den KollegInnen gerne als Nachweis für die Eintragung von Arbeitszeiten, Urlauben, Zeitausgleich etc. verwendet wird.

Der 44-seitige Kalender im handlichen Kleinformat (9,5 x 15 cm) enthält neben dem eigentlichen Kalendarium eine Jahresübersicht, die Ferientermine sowie zahlreiche Infos über den GLB und alle wichtigen Kontaktadressen. Mit einigen Verbesserungen wie einer Jahresübersicht geleisteter Arbeitszeiten etc. und einem Urlaubsplaner wurde der Kalender weiter verbessert.

Bestellungen können beim GLB im ÖGB, Laurenzerberg 2/2/17, 1010 Wien, Telefon (01) 53 444-308, Mail: helga.pruckmoser@oegb.at erfolgen.

3. Treffen der EL-GewerkschafterInnen

In Fortsetzung der Treffen von Berlin 2006 und Athen 2007 lädt das Vorbereitungskomitee zum 3. Treffen des Netzwerkes der GewerkschafterInnen der Europäischen Linken vom 1. bis 3. Februar 2008 in Wien ein. Schwerpunkte des Treffens sind: 1. Soziale Mindeststandards in Europa. 2. Internationale Zusammenarbeit am Beispiel der HafendarbeiterInnen zwischen Europa und Lateinamerika. Weiters soll die Entwicklung der Struktur des Netzwerkes behandelt werden.

Infos: Oliver Jonischkeit, GLB-ÖGB, Laurenzerberg 2, 1010 Wien, Telefon +43 664 6145012, Mail ollitirol@yahoo.de

Dienstag, 4. Dezember 2007, 19:30 Uhr, Aktionsradius Wien, 1200 Wien, Gaußplatz 11, Karten 10 Euro per E-Mail unter:

Gegenstimmen-Karten@gmx.at oder Tel: 0699 / 815 97 637.

Donnerstag, 24. Jänner 2008, 20:00 Uhr, 3raum – Anatomietheater, Beatrixgasse 11, 1030 Wien, Karten 15 Euro über <http://www.3raum.or.at/> oder Tel: 0650 / 323 33 77

Freitag, 29. Februar 2008, 19:30 Uhr, Liebhartstaler Bockkeller, Gallitzinstraße 1, 1160 Wien, Eintritt frei / Spenden erbeten
Mehr Infos unter:
www.gegenstimmen.org



Volksabstimmung über EU-Vertrag

Die überparteiliche „Plattform Volksabstimmung“ – der auch die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) angehört – fordert eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag. Diese Petition kann unter <http://www.volksabstimmung.at/> unterstützt werden.

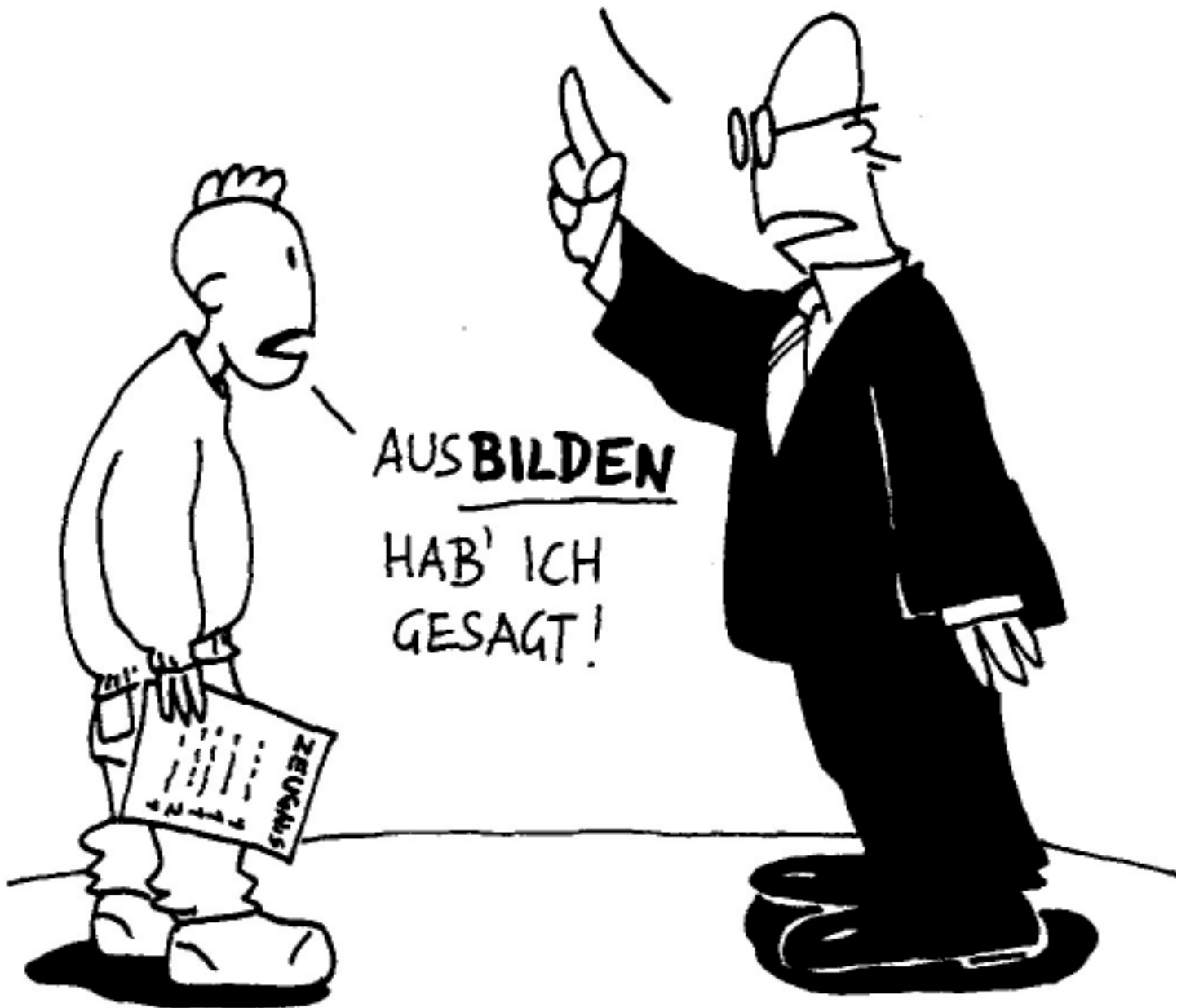
Ebenfalls mit einer Online-Aktion richtet die Werkstatt Frieden & Solidarität einen „Offenen Brief“ an alle Nationalratsabgeordneten mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über den EU-Vertrag. Diese Aktion kann unter <http://www.friwe.at/Forum/VolksabstimmungEUVertrag.php> unterstützt werden.

alles Gute für 2008!

Wir wünschen auf diesem Wege allen Mitgliedern des GLB, allen für den GLB aktiven MandatarInnen, AktivistInnen und UnterstützerInnen erholsame Feiertage sowie alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Lohnabhängigen und im Sinne einer fortschrittlichen, linken und kämpferischen Gewerkschaftspolitik auch im Jahre 2008.

- **GLB-Bundesleitung**
- **Mag. Karin Antlanger, Bundesvorsitzende**
- **Werner Beier, Barbara Buchacher-Kundi, Josef Stingl, Stv. Bundesvorsitzende**
- **Oliver Jonischkeit, Bundessekretär**
- **Redaktion „Die Arbeit“**

WAS HEISST: DIE WIRTSCHAFT
SOLL MEHR UND BESSER
AUSBEUTEN? WIR TUN,
WAS WIR KÖNNEN!



GLB – Aktiv gegen die Zerschlagung der Post!

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der
„OBSERVER“
Österreichs größter Medienbeobachter